

Halbinsel der Dynastien

Präsidentenwechsel im Süden – Schalmeienklänge aus dem Norden

Hanns Günther Hilpert

Park Geun-hye, die Tochter des früheren Militärmachthabers Park Chung-hee, hat die Präsidentschaftswahlen in Südkorea am 19. Dezember 2012 klar für sich entschieden. Mit dem Sieg bleibt zwar das Präsidentenamt weitere fünf Jahre in konservativer Hand. Innen- und außenpolitisch jedoch hatte sich Park Geun-hye im Wahlkampf von ihrem Amtsvorgänger deutlich abgegrenzt und einen markanten Kurswechsel versprochen. In Bezug auf das Verhältnis zum Norden kündigte sie eine Politik der Vertrauensbildung an. Dabei hatte Nordkorea noch in der Endphase des Wahlkampfs mit dem erfolgreichen Start einer Langstreckenrakete militärische Stärke demonstriert. Dann aber proklamierte Kim Jong-un, Enkel des Staatsgründers Kim Il-Sung und selbsternannter oberster Führer der Demokratischen Volksrepublik Korea in seiner Neujahrsbotschaft überraschend einen radikalen Wechsel nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in den Beziehungen zum Süden. Somit stellt sich die Frage, ob den neuen Führungsgenerationen in Seoul und Pyöngyang ein Neustart in den innerkoreanischen Beziehungen gelingen kann.

Der Ende Februar 2013 aus dem Amt scheidende Präsident Lee Myung-bak hinterlässt seiner Nachfolgerin eine gemischte Bilanz. Unter der Führung von Lee, dem früheren Vorstandsvorsitzenden von Hyundai Construction und Bürgermeister von Seoul, hat Südkorea die Finanzmarktkrise so gut gemeistert wie kein anderes OECD-Mitgliedsland und eine globale Spitzenstellung im »grünen Wachstum« erreicht. Die Verschuldung der privaten Haushalte ist hingegen drastisch gestiegen, die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancengleichheit ist noch geringer ge-

worden. Gemischt fällt auch die außenpolitische Bilanz Lees aus. Einerseits gelang es Südkorea unter seiner Führung, das Sicherheitsbündnis mit den USA zu erneuern und Südkorea als international handlungsfähige Gestaltungsmacht zu positionieren. Andererseits hinterlässt Lee mit seiner Politik der konditionierten Reziprozität gegenüber dem Norden einen Scherbenhaufen. Nachdem praktisch alle Projekte der bilateralen Zusammenarbeit auf Eis gelegt sind, hat Seoul derzeit keine Möglichkeit mehr, auf Nordkorea einzuwirken, das faktisch zur Nuklearmacht geworden ist. Politisch sind die innerkoreanischen Beziehun-

gen auf den Stand von vor dem Grundlagenvertrag von 1991 zurückgefallen.

Wahlsiegerin »Madame« Park

Dass Park Geun-hye als Kandidatin der konservativen Saenuri-Partei einen so glänzenden Wahlsieg gegen ihren Konkurrenten von der Demokratischen Einheitspartei (DUP) Moon Jae-in erkämpfen konnte, hat im Wesentlichen vier Gründe:

Erstens entschied sich Südkoreas Wählerschaft mehrheitlich für wirtschaftspolitische Kontinuität und lehnte die weitreichenden Reformvorschläge Moons zur Konzernentflechtung und zum Umbau des koreanischen Wirtschafts- und Wachstumsmodells als nicht sinnvoll, zu riskant oder nicht finanzierbar ab. Wirtschaftliche und soziale Fragen standen im Zentrum des Wahlkampfes und Park Geun-hye hat es verstanden, sich als Garantin für wirtschaftliche Stabilität und Berechenbarkeit zu profilieren. Sie zeigte sich empathisch gegenüber den wirtschaftlichen Sorgen der Menschen und überzeugte sie mit ihrem Versprechen, Südkoreas Marktwirtschaft durch Reformen fairer und sozial ausgewogener zu machen.

Zweitens ist es Park außerordentlich gut gelungen, die eigene Wählerschaft zu mobilisieren, insbesondere ihre Kernklientel, die Gruppe der über 50- und 60-Jährigen. Sie widerlegte zudem die These, dass hohe Wahlbeteiligungen – 75,8 Prozent der Wahlberechtigten gingen zur Urne – nur demokratisch progressiven Parteien und Kandidaten zugute kommen. Mit 51,6 Prozent der abgegebenen Stimmen (gegenüber 48,0 Prozent für Moon) fiel ihr Wahlsieg dann deutlicher aus als erwartet.

Drittens profitierte Park von den Fehlern und Schwächen der Opposition. So gilt Moon Jae-in, der frühere Menschenrechtsanwalt und Stabschef des Präsidenten Roh Moo-hyun zwar als rechtschaffen und integer, aber nicht unbedingt als Verfechter sozialstaatlicher Reformen oder als Wirtschaftsexperte. Auch konnte Moon weit weniger als erhofft Nutzen daraus ziehen,

dass sich der zweite liberale Kandidat, Ahn Cheol-soo, vier Wochen vor dem Wahltag zurückzog. Ahn, Doktor der Medizin, erfolgreicher Softwareunternehmer, renommierter Universitätsprofessor und eine Ikone jener Kreise, die einen politisch-gesellschaftlichen Wandel herbeisehnen, war als unabhängiger Kandidat mit der populären Forderung angetreten, grundlegende politische Reformen durchzuführen, und konnte in Umfragen ähnlich hohe Zustimmungswerte wie Moon erzielen. Erst kurz vor der verbindlichen Registrierung für die Präsidentschaftswahl zog Ahn seine Kandidatur zugunsten von Moon zurück, nicht ohne aber die vom Moon-Team initiierte Medienkampagne zu kritisieren, die den Findungsprozess für einen gemeinsamen liberalen Kandidaten zu seinem Nachteil beeinflusst hatte. Ahns Unterstützung für Moon in der heißen Endphase des Wahlkampfes fiel daher nur halbherzig aus.

Viertens war die Person und Persönlichkeit Park Geun-hye selbst mitentscheidend für den konservativen Wahlerfolg. Einerseits ist Park, die nach der Ermordung ihrer Mutter durch einen nordkoreafreundlichen Terroristen fünf Jahre lang protokollarisch die Rolle der First Lady übernommen hatte, bei den älteren Menschen Südkoreas in guter Erinnerung geblieben. Auch hat sie von der ungebrochenen Popularität ihres Vaters profitieren können, in dessen Regierungszeit (1961–1979) die Fundamente für den fabelhaften Aufschwung Koreas zum modernen Industrieland gelegt wurden. Andererseits ist es ihr aber auch gelungen, sich von den Menschenrechtsverletzungen und der autoritären Regierungsführung des Park-Regimes zu distanzieren und sich ebenso von der Politik Präsident Lee Myung-baks abzugrenzen, dem sie bei den innerparteilichen Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur 2007 noch unterlegen war. Ihren Aufstieg in der koreanischen Politik verdankt die respektvoll »Madame« genannte Park Geun-hye aber weniger ihrem Familiennamen als ihren Leistungen und ihrer Glaubwürdigkeit als Abgeordnete, als erfolgreiche Wahlkämpferin selbst

unter widrigen Bedingungen und als langjährige Parteivorsitzende. Im Jahr 2002 stellte sie ihre politische Unabhängigkeit unter Beweis, als sie einer Einladung Kim Jong-ils zu Gesprächen nach Pyöngyang folgte, obgleich ihre Partei die damalige Sonnenscheinpolitik der regierenden Demokraten scharf kritisierte.

Prekäre außenpolitische Rahmenbedingungen

Schon die an Park Geun-hye gerichteten Erwartungen in Sachen Innenpolitik sind wohl kaum erfüllbar: Beseitigung der Korruption in Regierung und Regierungspartei, Durchführung grundlegender Reformen in den Bereichen Politik (Beschränkung der Macht und der Privilegien der Exekutive, der Abgeordneten und Parteien), Wirtschaft (Wettbewerbsrecht, Corporate Governance, Verbraucherschutz), Bildung und Soziales (Ausbau von Kindergärten und der medizinischen Grundversorgung, Senkung der Schulgebühren) und Versöhnung der zwischen Jung und Alt, liberal und konservativ gespaltenen Gesellschaft.

Nochmals schwieriger muss ihr die Bewältigung der außenpolitischen Aufgaben fallen. Südkorea zählt in Nordostasien im Vergleich mit den USA, China, Russland, Japan und Nordkorea zu den schwächeren Akteuren. Weil es der Region an einer stabilen Friedens- und Sicherheitsordnung mangelt, ist Seoul gleich aufgrund mehrerer Faktoren mit einer prekären außenpolitischen Umwelt konfrontiert: eine wachsende sino-amerikanische Großmacht-rivalität, von Nordkorea ausgehende konventionelle und nukleare Bedrohungen, die ökonomisch-sozialen Risiken eines Zusammenbruchs Nordkoreas. Vieles spricht dafür, dass das Gefahrenpotential dieser Faktoren in der Amtszeit Park Geun-hyes (2013–17) zunehmen wird.

Eine Politik der Vertrauensbildung im Verhältnis zu Nordkorea soll daher neue Akzente setzen. Bereits im Herbst 2011 hatte Park in der Zeitschrift *Foreign Affairs* ihre Konzeption einer an Prinzipien aus-

gerichteten südkoreanischen Nordpolitik dargelegt. Demnach müsse Nordkorea, erstens, einmal getroffene Vereinbarungen auch einhalten und bei militärischen Aggressionen mit negativen Konsequenzen konfrontiert werden. Zweitens sei Südkoreas Sicherheit gekoppelt an den Stand der innerkoreanischen Beziehungen sowie an Nordkoreas Stellung in der internationalen Gemeinschaft. Während also an einer harten Linie in Sicherheitsfragen kein Weg vorbeiführe, sei es sinnvoll, sich im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und in humanitären Angelegenheiten gegenüber dem Norden flexibel und entgegenkommend zu zeigen. Statt unnötig zu versuchen, von Pyöngyang mit Zuckerbrot und Peitsche ein friedliches, ziviles, kooperatives Verhalten zu erzwingen, soll mit dem Mittel des Dialogs das Klima entspannt werden. Eine Rückkehr zu einer von der Sicherheitspolitik abgekoppelten bedingungslosen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie in Zeiten der Sonnenscheinpolitik, ist dieser neue Ansatz allerdings nicht. Im Kern ist es die Fortsetzung der Linie, die die konservative Partei schon zuvor verfolgt hat.

Nordkorea im Zeichen von Kontinuität und Konsolidierung

Ein gutes Jahr schon regiert der neue »Oberste Führer« Kim Jong-un. Substantiell hat sich in der Innen- und Außenpolitik Nordkoreas aber wenig geändert. Weiterhin hält das System das größtenteils hungernde und darbende Volk mit Repression, totalitärer Überwachung, Informationskontrolle und ermüdender Propaganda fest im Griff. Mit pompösen Feierlichkeiten beging das Regime am 15. April 2012 den hundertsten Geburtstag des Staatsgründers, »Großen Führers« und Staatspräsidenten auf Ewigkeit Kim Il-Sung. Sein Enkel und Nach-Nachfolger versucht indessen, sich in Stil und Habitus als dessen Reinkarnation zu präsentieren. Der dem Großvater in der äußeren Erscheinung tatsächlich ähnliche Kim Jong-un zeigt Härte gegenüber seinen direkten Untergebenen, gibt sich jovial und

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

wohlwollend gegenüber den Untertanen, zelebriert öffentlich seine Ehe und wendete sich mit einer Neujahrsbotschaft direkt an sein Volk. Während das Militär nach dem Austausch der Führungsspitze an Einfluss verlor, rückt die Koreanische Arbeiterpartei (KAP) als Basis der Macht und der Legitimation von Kim Jong-un wieder stärker in den Vordergrund. Auch der Start der Unha-3-Satellitenträgerrakete am 12. Dezember 2012 – erneut ein flagranter Verstoß gegen die UN-Resolution 1874 – dürfte der innenpolitischen Legitimierung Kim Jong-uns gedient haben. Wie von der staatlichen Propaganda versprochen, erweist sich Nordkorea im Jubiläumsjahr Juche 100 als »starkes und mächtiges Land« und kann den USA und Südkorea aus einer Position der Stärke gegenüberreten.

Nach den zwei Nukleartests 2006 und 2009 ist Nordkorea mit dem erfolgreichen Langstreckenraketenstest dem seit Jahrzehnten hartnäckig verfolgten Ziel, Amerika mit nuklearen Interkontinentalraketen zu bedrohen, abermals ein gutes Stück näher gekommen. Sicherlich fehlen noch wesentliche technologische Bausteine: Die Unha-3-Rakete verfügt weder über die erforderliche Reichweite (nur 6000–10000 km) und Nutzlastfähigkeit (nur ca. 100 kg) noch über den für den Wiedereintritt in den Orbit notwendigen Hitzeschild. Und vor allem besitzt Nordkorea noch nicht die Fähigkeit, einen Atomsprengkopf zu bauen. Gleichwohl sendet der gelungene Raketentest eine eindeutige Botschaft an Seoul und Washington: Politische Beziehungen sind immer bilateraler Natur, und daher werden sich weder Amerikas Politik der strategischen Geduld noch Südkoreas Politik der konditionierten Reziprozität dauerhaft durchhalten lassen. Weiterhin offenbart der Raketentest, dass die Sicherheitsrisiken in Nordostasien zunehmen, während die USA, die mittelfristig direkt bedroht werden könnten, Gefahr laufen, ihre Reputation als verläSSLicher Verbündeter Südkoreas (und Japans) einzubüßen.

Insofern war es eine taktische Meisterleistung Nordkoreas in dieser für das Land

strategisch verbesserten Konstellation, Schalmeienklänge in den Süden auszusenden. Erstens werden Sanktionen des Welt-sicherheitsrats gegen ein sich nun friedlich und konzilient gebarendes Nordkorea noch schwerer gegen China durchsetzbar sein. Zweitens hat Pyöngyang selbst gute Gründe, die Zusammenarbeit mit Seoul wieder aufzunehmen. Die Politik der außenpolitischen Konfrontation und der innenpolitischen Agitation hat das bettelarme Land erschöpft und in eine gefährliche einseitige Abhängigkeit von China geführt. Ein Transfer von Nahrungsmitteln und anderen Ressourcen aus Südkorea könnte die einheimischen Eliten zufriedenstellen, würde die eigene Position gegenüber China verbessern und wieder Kraft geben für den nächsten strategischen Schritt.

Im Osten nichts Neues

Angesichts des beiderseitigen Interesses an einer Wiederaufnahme des Dialogs und der Zusammenarbeit müssten die Chancen für eine innerkoreanische Annäherung eigentlich gut stehen. Der jeweils von der anderen Seite geforderte symbolische Preis könnte jedoch zu hoch sein. Während Park Geun-hye von Nordkorea eine Entschuldigung für die militärischen Aggressionen oder zumindest eine Stellungnahme dazu verlangt, fordert Kim Jong-un südkoreanische Kapital-, Energie- und Nahrungsmittelhilfen, gewissermaßen als Tributleistung in Anerkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse.

Kaum zu erwarten ist auch ein Neustart in den Beziehungen Nordkoreas zu Amerika. Auf Seiten Washingtons dürfte die Einschätzung Bestand haben, dass mit einem Nordkorea, das zugesagte Transparenz- und Abrüstungsschritte nicht umsetzt und an der nuklearen und ballistischen Aufrüstung festhält, substantielle Verhandlungen sinnlos sind. Spätestens seit Juni 2011 teilt Amerikas designierter Außenminister John Kerry die Auffassung, Nordkorea sei das »land of lousy options«. Es wird Taten, nicht Worte bedürfen, dass Kerry seine Meinung ändert.